

Bekanntmachungstext

Auftraggeber:	Schulverband Bad Segeberg vertreten durch: KUBUS Kommunalberatung und Service GmbH Bertha-von-Suttner-Straße 5 19061 Schwerin Tel.: 0385 3031 259 Fax.: 0385 3031 255 E-Mail: info@kubus-mv.de (Zuschlagerteilende Stelle)
Bearbeitungsnummer:	K5.025.1:73
Verfahrensart:	Öffentliche Ausschreibung nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen – VOL/A
Form der Angebote:	in deutscher Sprache
Art und Umfang der Leistung:	Beförderung von Schülern mit körperlichen und/oder geistigen Beeinträchtigungen/Behinderungen
Unterteilung in Lose	Ausschreibung erfolgt in einem Los
Nebenangebote:	nicht zugelassen
Lieferort:	Kreis Segeberg
Ausführungsfrist	Vertragslaufzeitraum: 25.08.2014 bis 17.07.2017
Anforderung der Unterlagen:	schriftlich in Textform (z.B. per Fax, E-Mail) bis 23.06.2014, 23:59 Uhr, bei KUBUS Kommunalberatung und Service GmbH
Schutzgebühr:	Überweisung Betrag: 15,00 EUR Sparkasse Mecklenburg-Schwerin IBAN: DE04140520000390078220 BIC: NOLADE21LWL Verwendungszweck: Ausschreibung Schülerbeförderung Segeberg
Angebotsabgabe	bei KUBUS Kommunalberatung und Service GmbH bis 27.06.2014, 09:00 Uhr
Bieter	Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: - Verhandlungsleiter - Vertreter des Auftraggebers
Eröffnung	27.06.2014, 09:15 Uhr
Zahlungsbedingungen	gemäß Vergabeunterlagen
Angaben/Eigenerklärungen	Folgende Angaben/ Eigenerklärungen sind mit dem Angebot einzureichen: - Auszug aus dem Handelsregister - Nachweis der Eintragung in die Handwerksrolle oder der Registrierung bei der Industrie- und Handelskammer - Eigenerklärung über die Mitgliedschaft in einer Berufsgenossenschaft/ eines Verbandes - Eigenerklärung über wettbewerbsbeschränkende Absprachen bei Ausschreibungen

- Eigenerklärung, dass nachweislich keine schwere Verfehlung begangen wurde, die die Zuverlässigkeit als Bewerber in Frage stellt
- Eigenerklärung über die Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur gesetzlichen Sozialversicherung
- Eigenerklärung darüber, dass über das Vermögen des Unternehmens kein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzliches Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt oder dieser Antrag mangels Masse abgelehnt worden ist
- Eigenerklärung darüber, dass sich das Unternehmen nicht in Liquidation befindet
- Angaben zum Unternehmen gemäß Vordruck, der in den Vergabeunterlagen enthalten ist
- Erklärung über den Gesamtumsatz des Unternehmens sowie den Umsatz der besonderen Leistungsart, die Gegenstand dieser Ausschreibung ist, jeweils bezogen auf die letzten drei Geschäftsjahre
- Referenzliste - Schülerbeförderung – in Form einer vollständigen Tätigkeitsliste der letzten drei Jahre mit Angabe der Anschrift und Tel.-Nr. sowie des Rechnungswertes und der Laufzeit
- Benennung vergleichbarer Lieferungen und Leistungen/Referenzen (in den letzten drei Geschäftsjahren)
- Qualifikationsnachweis des Fahrpersonals
- Eignung und Zulassung der Fahrzeuge für die Beförderung behinderter Menschen.

Für den Nachweis der geforderten Eignungskriterien sind ausschließlich Eigenerklärungen zu erbringen, die auf den Ausschreibungsunterlagen anliegenden Vordrucken zu fertigen sind. Ggf. sind zusätzliche Anlagen beizulegen. Fehlende Unterlagen können ggf. zum Ausschluss aus dem Verfahren führen.

Sonstige besondere Bedingungen: Es sind nachstehende Nachweise zu erbringen:

- Erklärung der Bieter, Nachunternehmer und/oder Verleiher von Arbeitskräften zur Einhaltung der Mindestarbeitsbedingungen, Mindest- und Tariflohn gemäß §§ 4, 8, 9 Tariftreue- und Vergabegesetz Schleswig Holstein – TTG
- Erklärung zur Beachtung der ILO-Kernarbeitsnorm gemäß § 18 Tariftreue- und Vergabegesetz Schleswig-Holstein – TTG –
- Erklärung im Fall der Bildung einer Bietergemeinschaft
- Erklärung im Fall der Weitergabe an Unterauftragnehmer (Nachunternehmer).

Bindefrist: Die Bieter sind bis zum 15.08.2014 an ihre Angebote gebunden.

Kriterien der Auftragserteilung Das wirtschaftlichste Angebot entsprechend der in den Unterlagen genannten Kriterien.

Sonstiges: Mit der Abgabe des Angebotes unterliegt der Bieter den Bestimmungen über nicht berücksichtigte Angebote (§ 19 Absatz 1 VOL/A). Es gilt deutsches Recht.